

Wert, und darum wird der unraffische Wert erbarmungslos ausgeschliffen aus unserem Volk. 2. Wenn in unserem Blut Anlagen durch Vererbung der Minderwertigkeit, des Verbrechens und der erblichen Krankheiten sind, dann leben wir unser Volk genau so als Organismus, wie wir uns selbst leben, und wenn wir in unserem eigenen Körper derartige Triebe töten, dann werden die Befehle zur Erhaltung unseres Volkes in demselben Maß durchgeführt, ob das der Kirche paßt oder nicht.

Und ein drittes angeht des internationalen Gezeters über Katholikenverfolgung, das von vorn bis hinten gelogen ist. Wir kennen den Kampf und wissen, wie es uns selbst einmal ergangen ist. Wir nahmen an einer Diskussion teil und kämpften gegen die parlamentarisch-programmatische Zerstückelung eines einheitlichen politischen Willens in Deutschland. Und wer trat uns entgegen? Ein Geistlicher! Wir sagten: Ich denke, ich habe dich gestern in der Kirche gesehen. Wo ist dein Reich, dort oder hier? Er hatte seinen Bereich verlassen und ging da hin, wohin ihm der Heiland den Weg verboten hatte. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Wir sahen am Fronleichnamstag Zentrumsmann mit der Kerze in der Hand dem Allerheiligsten folgen. Am anderen Tage marschierten sie mit dem Reichsbanner. Das verstanden wir wieder nicht.

Heute kommt die Dultung: In Moskau hat Herr Pieb, der führende Kommunist von Berlin im Preussischen Landtag, erklärt: hätten wir damals gewußt, was wir heute wissen, wir wären mit dem Reichsbanner zusammengegangen, also auch mit Herrn Marx, mit der Zentrumskirche. Wenn wir nun alles vergessen sollen, dann gibt es nur eines: Ihr habt auch die Aufgabe gestellt, den einzelnen Menschen in der Selbsteit zu führen. Euer Ziel ist das Jenseits, und ihr habt eine Stätte, wo ihr die Menschen vorbereiten: das ist die Kirche. Auf dem Sportplatz könnt ihr die Leute für den Himmel nicht vorbereiten.

Polen sperrt Grenze gegen Danzig

Danzigs Antwort an Warschau.

Danzig, 4. August.

Die polnischen Zollstellen an der Danzig-polnischen Grenze haben ab Sonnabend mittag 12 Uhr die Grenze für die Einfuhr sämtlicher Waren aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig nach Polen gesperrt. Der Warenverkehr in umgekehrter Richtung widert sich weiterhin ungehindert ab.

Die polnische Regierung hatte durch ihren diplomatischen Vertreter in Danzig, Minister Papée, beim Danziger Senatspräsidenten Greiler gegen die Anweisung der Danziger Regierung an das Landespolizeiamt, die Einfuhr lebenswichtiger Waren zollfrei in das Gebiet der Freien Stadt zu gestatten, Einspruch erhoben. In der Begründung heißt es, daß Danzig von sich aus die Angelegenheit vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet verlagert habe. Außerdem hatte Polen um eine offizielle Stellungnahme zu dem Danziger Schritt gebeten. Diese Stellungnahme ist, wie die Pressestelle des Senats mitteilt, der polnische diplomatischen Vertretung in Form einer Note übersandt worden:

In der Note heißt es u. a.: In der Unterredung, die ich am 31. Juli d. J. mit Ihnen hatte, habe ich nochmals die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Danziger Regierung zum Ausdruck gebracht, mit der polnischen Regierung über den gegenwärtigen Zustand zu verhandeln. Mit Bedauern habe ich dabei aus Ihren Erklärungen entnommen, daß die polnische Regierung nicht bereit ist, die Verordnung des polnischen Finanzministers vom 18. Juli d. J. aufzuheben, deren Vorteil oder gar Notwendigkeit für Polen weder ersichtlich, noch von der polnischen Regierung darzulegen versucht ist. Für Danzig dagegen bedeutet die Verordnung Bahmslegung der Einfuhr über den Danziger Hafen, Wiederaufrichtung einer wirtschaftlichen Grenze zwischen Danzig und Polen und Zerstörung der Danziger Zahlungsbilanz.

Diese befürchteten Wirkungen sind inzwischen eingetreten, die Einfuhr über den Danziger Hafen hat aufgehört. Die Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen ist wieder aufgerichtet, zumal inzwischen die polnischen Verwaltungsbehörden dazu übergegangen sind, Einfuhrgüter aus Danzig in Polen zu beschlagnahmen oder erneut zu verzollen. Die Grundlage für eine balancierende Zahlungsbilanz ist zerstört. Das Wirtschaftsleben der Freien Stadt Danzig steht infolge der Verordnung des polnischen Finanzministeriums unmittelbar vor der Vernichtung.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung hat die Danziger Regierung sich gezwungen gesehen, nimmend ihrerseits diejenigen Anordnungen zu treffen, die allein noch geeignet sind, die von der polnischen Regierung herbeigeführte Notlage zu beseitigen. Die Danziger Regierung wird nunmehr die Einfuhr solcher Waren, die für die Erhaltung der Wirtschaft und des Staates nicht entbehrt werden können, zollfrei in das Gebiet der Freien Stadt Danzig hineinlassen. Sie hat dem Landespolizeiamt entsprechende Weisungen erteilt lassen. Die Maßnahmen der Danziger Regierung sind daher ausschließlich wirtschaftlicher Natur und darauf berechnet, zu verhindern, daß durch eine Wirtschaftskatastrophe das Danziger Statut ins Wanken gebracht wird.

Die Regierung der Freien Stadt gewährleistet nach wie vor der Republik Polen den freien Zugang zum Meer. Die Danziger Zollverwaltung wird daher die Ueberweisung von Waren, die für Polen bestimmt sind, in zollnerischer und steuerlicher Beziehung in der gleichen Weise vornehmen, wie dies bisher geschehen ist. Ebenso wird sie die Erhebung von Ausfuhrzöllen und die Feststellung von Vergütungen, an denen Polen in Danzig ein Interesse haben sollte, bewerkstelligen. Die Rechte des Hafenausschusses und der Eisenbahn bleiben gewährleistet. Schließlich betont in der Note die Danziger Regierung nochmals ihre Bereitschaft zu sofortigen Verhandlungen.

9. November

Befreiungsmarsch zum Odeon-Platz.

München, 4. August.

Im Namen der Stadt München hat der Vorsitzende der nationalsozialistischen Stadtrats-Fraktion, Christian Weber, einen Aufruf erlassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß

Judenfrage als Grundsatz

Daluge über die Abwehrmaßnahmen

Der Befehlshaber der deutschen Polizei, SS-Obergruppenführer Daluge, beschäftigt sich im „Angriff“ unter der Ueberschrift „Gesetz und Grundsatz in der Judenfrage“ mit dem Judenproblem. Wenn die Polizeibehörde des nationalsozialistischen Deutschlands, so heißt es in dem Artikel, die Statistik der Kriminalität unter dem besonderen Gesichtswinkel des Anteils des Judentums erfaßt und vor allen Dingen der Öffentlichkeit zur Beurteilung unterbreitet, so liegt der Grund eben in unserer grundsätzlichen Stellung zur Judenfrage. Der Jude, vor allem der Jude in der Presse des Auslandes, hat kein Recht, die nunmehr fortlaufend zur Veröffentlichung kommenden Statistiken über den Anteil des Judentums am Verbrechen zu kritisieren. Es ist bei der ersten Veröffentlichung schon einmal betont worden, daß die Statistiken amtlich aufgestellt und jederzeit für jeden Fachmann des Auslandes, unter denen sich ja, Gott sei Dank, wenig oder keine Juden befinden, zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen.

Unsere Einstellung gegenüber dem Judentum war seit Anbeginn des nationalsozialistischen Kampfes um Deutschland, und ist heute nach Erringung der Macht durch die

nationalsozialistische Bewegung unabänderlich. Diese Einstellung zum Judentum ist ein Teil unserer nationalsozialistischen Weltanschauung. Die gesetzlichen Maßnahmen, die sich zwangsläufig aus dem Bekenntnis des deutschen Volkes zu den Bindungen der Rasse ergeben, werden dem Judentum die Grundlage jeder heutigen und jeder zukünftigen Vormachtstellung entzogen. Es wird weiter immer die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung und des nationalsozialistischen Staates bleiben, mit wachsamem Auge die nur allzu bekannte bewährte Taktik und Larnung der Juden zu beobachten und fortlaufend die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um unsere Grundsätze gegenüber dem Judentum durchzuführen.

Hierzu gehört auch der Kampf gegen das Judentum im Verbrechen, der, fortlaufend mit der immer klareren Erkenntnis des hohen prozentualen Anteils, selbstverständlich schärfste Abwehrmaßnahmen zeitigen muß und wird. Der von dem stellvertretenden Gauleiter Westfalens, Bg. Emil Stürch, vor kurzem formulierte Satz: „Der Jude ist und wird im heutigen Deutschland das, was wir aus ihm werden lassen“, hat volle Gültigkeit.

zur Erinnerung an den historischen Marsch der nationalsozialistischen Kämpfer am 9. November 1923 vom Bürgerbräu-Keller zum Odeon-Platz auch in diesem Jahre der Befreiungsmarsch stattfinden wird.

Teilnahmeberechtigt sind alle, die sich im Besitz eines Nachweises der tätigen Teilnahme am Befreiungsmarsch des 9. November 1923 befinden, und sämtliche Reichs- und Gauleiter. Jede gewünschte Auskunft erteilt schriftlich und mündlich die Geschäftsstelle des vorbereitenden Ausschusses für den Erinnerungsmarsch am 9. November 1935, München, Rathaus, Zimmer 248.

Stahlhelm ohne Daseinsberechtigung

Nackensen legt die Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm nieder

Generalfeldmarschall von Mackensen, der seit der Gründung des Stahlhelm dessen Ehrenmitglied ist, hat die Ehrenmitgliedschaft des „NS-Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm)“ niedergelegt.

von Mackensen erklärt, daß das wichtigste Kampfziel des alten Stahlhelm durch das von der Reichsregierung am 16. März 1935 beschlossene Gesetz zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verwirklicht worden ist; damit ist die vom alten Stahlhelm sich gestellte Hauptaufgabe erfüllt!

Bei der Weiterentwicklung des Gemeinschaftsgedankens in unserem deutschen Vaterland ist ein Bestehen bleiben von Verbänden, denen keine besonderen Aufgaben zugewiesen werden können, im Interesse der vom Führer und Reichskanzler stets angestrebten Einheitlichkeit nicht mehr angezeigt.

Großglocknerstraße eröffnet

Die Großglockner-Hochalpenstraße wurde nach Fertigstellung des letzten Teilstücks feierlich dem Verkehr übergeben.

Die Straße führt vom Tal der Salzach ins Tal der Drau, verbindet also den Norden des Landes mit dem Süden. Von Bruck bei Zell am See geht die Straße in ununterbrochener Steigung bis auf 2500 Meter Höhe, wo zulezt ein 312 Meter langer Tunnel den Hochtorgrat an der Landesgrenze Salzburg-Kärnten durchbricht. Dann windet sich die Straße südwärts in zahllosen Serpentin nach Heiligenblut.

Aus Anlaß der Verkehrsübergabe statterten auf dem höchsten Punkt der Straße die Flaggen fast sämtlicher kraftfahrender Völker des Erdteils, darunter die Halantkreuzflagge. Nach Ansprachen des Landeshauptmanns von Salzburg, des Direktors der Technischen Hochschule Wien, des Handelsministers Stockinger und des Vizekanzlers Starheimberg übergab Bundespräsident Miklas die neue Straße der Öffentlichkeit. Hierauf nahm der Fürst-Erzbischof von Salzburg, Balg, die kirchliche Weihe der Straße vor.

Unter den zahllosen Kraftfahrzeugen, die schon am ersten Tag die Großglocknerstraße befuhren, bemerkte man

auch etwa 30 reichsdeutsche Wagen, die die Wimpel mit dem Hoheitszeichen trugen.

Tatkräftige Hilfe

Bisher 2 480 000 RM für Opfer der Arbeit ausgezahlt.

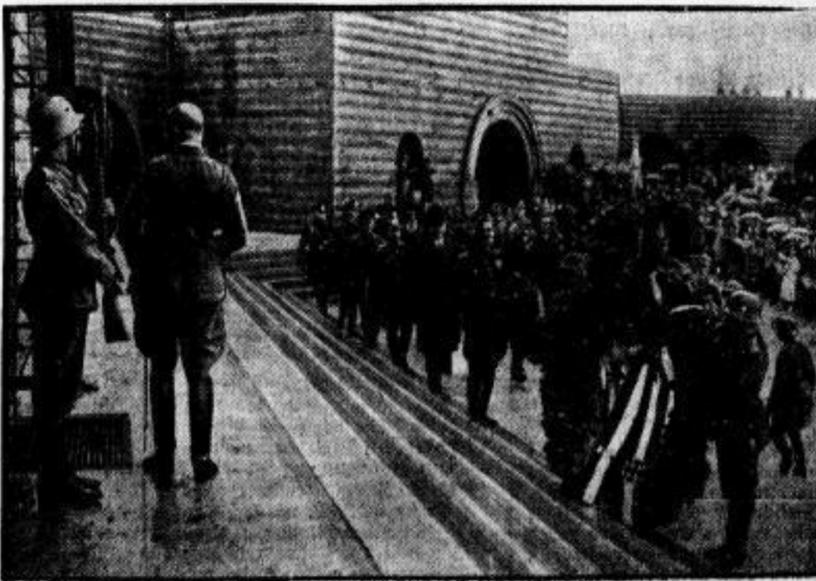
Vor einigen Tagen trat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda der Ehrengeschäft des vom Führer am 1. Mai 1933 ins Leben gerufenen „Stiftung für Opfer der Arbeit“ zu seiner 7. Sitzung zusammen. Aus dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers, Oberregierungsrat Dr. Biegler, ergab sich, daß die Stiftung bisher fast 30 000 Gesuche zur Bearbeitung erhalten hat, und daß ein Tageseinkommen von durchschnittlich 50 Gesuchen zu verzeichnen ist. Der Ehrengeschäft beschloß, für 2100 Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Arbeitern eine laufende Jahreszahlung im Gesamtbetrag von 438 000 RM und einmalige Zahlungen im Gesamtbetrag von 113 154,50 RM bereitzustellen. 563 Gesuche wurden abgelehnt werden. 86 Gesuchsteller, die bereits früher eine Unterstützung empfangen haben, wurden erneut mit einer Unterstützung von insgesamt 14 800 RM bedacht. Insgesamt wurden somit 565 954,50 RM zur Ausschüttung gebracht. Die Einzelunterstützung beläuft sich auf etwa 260 RM. Die Summe der bisherigen Ausschüttungen seit Gründung der Stiftung erreicht damit einen Betrag von ca. 2 480 000 RM, also fast 2½ Millionen RM. Für die Behebung der ersten Notlage bei Massenunfällen sind bisher 66 500 RM überwiesen worden. — Weiterhin beschloß der Ehrengeschäft die Unterbringung von Volkswaisen tödlich verunglückter Arbeiter, zunächst aus den Bergwerksbezirken Obersteierens, in der Adolf-Kessel-Stiftung in Schweinfurt.

Fortdauernde Anebelung des Deutschtums in Böhmen

Die judendeutsche Industrie soll tschechifiziert werden

Die „DN“ berichten über einen neuen Hauptangriff gegen das Deutschtum in Böhmen. Der Verband der Tschechifizierungsvereine für Deutschböhmen und Mähren-Schlesien hielt in Prag eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, die Prager Regierung aufzufordern, die völlige Nationalisierung und Tschechifizierung der Industrie zu betreiben. An alle wichtigen Stellen müssen tschechische national absolut verlässliche Beamte gesetzt werden, während alle unverlässlichen Elemente, also insbesondere die Deutschen, oder solche, die erst kürzlich die Staatsbürgererschaft erlangten, zu befehlen seien. Es müsse nicht nur von den Frauen der tschechischen Offiziere sondern auch von den Frauen der Industriebeamten gefordert werden, daß sie die tschechische Sprache vollkommen beherrschen und sie auch tschechisch sprechen.

Es handelt sich, so schreiben die judendeutschen Zeitungen dazu, offenbar um die Einleitung eines neuen Generalangriffs gegen das Sudetendeutschtum, das ohnedies unter der Notlage der Wirtschaft ganz besonders schwer zu leiden hat.



Die Hindenburg Gedenkfeier.

Im Namen des Führers legte Generalmajor von Niebelschütz einen Lorbeerkranz mit weißen Rosen nieder.

Weltbild (W).